Redaktion, Verlag und Druck on R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Als Beilage Donnerstag und Sonntag der Stettiner Hausfreund.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr.,; mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 91. Abendblatt. Freitag, den 23. Februar. 1866.

Deutschland.

□ **Berlin**, 22. Februar. Die Budgetkommission hat also die Position des Etats, welche sich auf den Bau eines Parlamentsgebäudes bezieht, richtig abgelehnt. Herr v. Bockum-Dolffs ist der Ansicht, das Abgeordnetenhaus müsse ebenso wie der Träger der Krone in einem Palaste wohnen, — wenn das Herrenhaus mit einem bescheideneren Etablissement zufrieden sei, so sei das seine Sache. Da die Staatsregierung keinen Grund hat, auf Ansprüche und Pläne dieses Genre's einzugehen; so dürfte die einfache Folge jener Ablehnung sein, daß die durchaus gut gemeinten Absichten der Regierung in weite Ferne hinausgerückt werden. Zunächst hat dieselbe, um möglichen Verlegenheiten vorzubeugen, sich veranlaßt gesehen, mit dem Besitzer desjenigen Hauses, welches, neben dem jetzigen Abgeordnetenhause gelegen, dem Präsidenten zur Wohnung dient, einen neuen Kontrakt auf acht Jahre abzuschließen. — Wie verlautet, steht ein Verbot der „Neuen freien Presse" innerhalb des preußischen Staatsgebietes bevor, lediglich wohl wegen der, gegenüber dem bestehenden Gesetze unvermeidlichen, aber allzu belästigenden Beschäftigung, welche jenes Blatt unausgesetzt den Staatsanwaltschaften und Gerichten auflegt. Es liegen bereits über 40 gerichtliche Erkenntnisse auf Vernichtung vor. — Die gestern ausgegebene „Provinzial-Korrespondenz" hat über die auswärtige Politik, besonders über den Stand der Dinge in der Herzogthümerfrage, gänzlich geschwiegen. Dieses Schweigen ist, glaube ich in diesem Augenblick vielleicht bedeutsamer, als wenn das Regierungsorgan sich jetzt in der Sache geäußert hätte.

Berlin, 22. Februar. Se. K. H. der Kronprinz empfing heute die Meldungen des Oberst v. Sandrart, Kommandeur des 2. pomm. Grenadier-Regiments (Kolberg) Nr. 9 und begab Sich um 4 Uhr mit J. K. Hoh. der Kronprinzessin und den 3 ältesten Kronprinzlichen Kindern in die Vorstellung des Renz'schen Circus. Abends um 8 Uhr stattete J. M. die Königin einen Besuch im Kronprinzlichen Palais ab und begaben Sich die Höchsten Herrschaften darauf zum Thee zu Ihren Königl. Majestäten.

— (Kr.-Z.) Die Nachricht der Wiener „Presse", daß Rußland in diesem Augenblick in Gemeinschaft mtt Frankreich eine neue Stellung zur schleswig-holsteinschen Frage genommen habe, wird uns als absolut unbegründet und in ihren Details als „reiner Blödsinn" bezeichnet. Man wird hieran um so weniger zweifeln, als die Nachricht ebenso in der „Rhein. Zeitung" enthalten ist.

— Nach den letzten Nachrichten aus Süd-Amerika hat nun auch Peru an Spanien den Krieg erklärt.

Pinneberg, 18. Februar. Die „H. B.-H." bringt folgendes Telegramm: Die Nachricht, daß auf diplomatischem Wege die Auslieferung des Redakteurs May verlangt worden, ist trotz entgegenstehender Meldung der „Weser-Zeitung" begründet. FML. Frhr. v. Gablenz hat durch die Landesregierung vom Altonaer Magistrat schleunigst Bericht gefordert über die Aufnahme des Redakteurs May in den Altonaer Bürgerverband, und ob bei derselben den gesetzlichen Bestimmungen vollständig genügt worden sei.

— „Die holsteinische Landesregierung hat unterm 10. d. M. den Bischof Koopmann in Altona beauftragt: „dem Pastor Hansen in Ahrensburg wegen seines ungesetzlichen Verhaltens das Mißfallen der Landesregierung zu erkennen zu geben und demselben zugleich zu eröffnen, daß er bei ähnlichen Ausschreitungen ernstere Maßregeln zu erwarten habe." Dieser Bescheid ist in Folge des am Neujahrstage vom Pastor Hansen zu Ahrensburg abgehaltenen Kirchengebets erlassen, in welchem derselbe des Erbprinzen von Augustenburg als rechtmäßigen Landesherrn gedachte.

Kiel, 20. Februar. Geheimrath Samwer ist von seiner Reise nach London über Frankfurt hier wieder eingetroffen.

Frankfurt a. M., 21. Februar. Die „F. P.-Z." schreibt: Wie wir vernehmen, findet zu Anfang des nächsten Monats der Wechsel im Oberkommando der hiesigen Bundestruppen statt. Da diesmal Oesterreich das Oberkommando besetzt, so bestimmt Preußen den Stadtkommandanten. An Stelle des abtretenden General-Lieutenants v. Voigts-Rhetz tritt dem Vernehmen nach Feldmarschall-Lieutenant v. Packeny, der bekanntlich seit längerer Zeit schon Vorsitzender der Bundesmilitärkommission ist. Für den abtretenden Stadtkommandanten v. Palombini hat Preußen die betreffende Ernennung vorzunehmen; für diesen Posten soll ein Militär ausersehen sein, der im Krieg gegen Dänemark mehrfach mit Auszeichnung genannt wurde.

Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 23. Februar. (Haus der Abgeordneten.) (Schluß.) Der Präsident theilt dem Hause mit, daß nach einer ihm soeben zugegangenen Nachricht der Abg. Papendieck (Königsberg) heute Morgen im Bette am Schlagfluß todt gefunden worden sei. Seit dem Jahre 1861 sei der Verstorbene stets Mitglied des Hauses gewesen und habe während dieser Zeit seine volle Kraft namentlich der Agrar-Kommission zugewendet. Sein Andenken werde stets in Ehren bleiben und er bitte dem durch Erheben von den Plätzen beizustimmen. (Geschieht.) Der Familie sei sofort von dem Todesfall Nachricht gegeben und in Betreff der Beerdigung werde er dem Hause noch nähere Mittheilung zugehen lassen. — Es folgt der zweite Gegenstand der Tagesordnung, die Schlußberathung über den Adreßantrag des Abg. Reichensperger. Referent Abgeord. Dr. Gneist beantragt, den Antrag abzulehnen. Das Ministerium sei durch seine Handlungen so weit gelangt, daß es jetzt auf einer schiefen Ebene angelangt sei, von der es nicht mehr zurückkönne und schließlich in den Abgrund hinabrollen müsse. Die Verfassungsverletzungen, welche das Ministerium verübt und deretwegen man dasselbe beschuldige, seien nicht provisorische, sondern definitive und müssen als solche auch betrachtet werden. Die Absicht des Antrages des Abgeordn. Reichensperger erkenne er wohl an, sie beruhe in dem materiellen Wohl des Landes, denn es sei richtig, daß schon ca. 500 Millionen gesetzwidrig, d. h. ohne Zustimmung der Landesvertretung verausgabt worden seien. Darum, wenn er auch den Zweck des Antrags wohl anerkennen wolle, so könne er dennoch nicht den Mitteln beistimmen, der von dem Abgeordneten Reichensperger beantragten Adresse. Die Bedrückung und Verfolgung zum Zweck der Mißachtung der Gesetze, wie sie von diesem Ministerium ausgehen, sind etwas in Preußen Unerhörtes. (Der Minister v. Selchow ist in das Haus getreten.) Es stände schlecht mit uns in Preußen, wenn die Grundrechte nicht im Bewußtsein des Volkes beruheten und erst durch die Aussprüche staatsrechtlicher Kollegien festgestellt werden müssen. Ich muß den Antragsteller allerdings unterscheiden von denjenigen Personen, welche fortwährend proklamiren, das, was das Ministerium thut, ist das wahre Königthum von Gottes Gnaden, aber ich will sie doch darauf machen, daß ihre Adresse welche eigentlich doch nur mit ihrer Fraktionsanschauung übereinstimmen kann, jetzt nicht an der Zeit ist. Man sagt uns, wir sollen handeln, ja meine Herren wir handeln auch, aber wir handeln mit offenen Angen, wir wissen, daß seit 1850 die Interessenwirthschaft mehr zu Tage tritt, als seit 100 Jahren. Wir sind frei von der preußischen Großsprecherei, die den Schwerpunkt dieser Wirthschaft schon nach Berlin verlegt sehen wollte. In Paris ist dieser Schwerpunkt. Wo ein Haufen von Interessen ohne sittliches Band, da fällt er auseinander wie ein Haufen Sand. Schweigen wir von dem Kompromiß und reden wir von der Genugthuung des verletzten Gewissens und des verletzten Rechtes. —

— Der Korreferent Abg. Waldeck verzichtet bis zum Schluß aufs Wort. Bei der Generaldiskussion erhält zuerst das Wort Abg. Wagener (Neustettin). Ich spreche gegen den Antrag des Referenten, nicht etwa um für eine Adresse im Sinne des Abg. Reichensperger, sondern um überhaupt für eine Adresse zu stimmen. Auch ich mache mit dem Referenten dem Antragsteller den Vorwurf der Verfassungsrechterei und daß er hinter dem Fortschritt seiner Zeit sehr bedeutend zurückbleibt. Wir stehen jetzt vor der Frage: Wer nach unserer Verfassung die letzte Instanz sein soll und wo wir beiderseits mit unseren Anträgen und Resolutionen hinauswollen. In jedem Lande muß es eine entscheidende Gewalt geben, die bei entstehenden Konflikten über die Verfassung das Recht der Interpellation besitzt. Die Centralgewalt muß in demselben Maße stärker werden, in welchem Maße die Banden gelockert werden, welche die unteren Schichten der Bevölkerung mit der Regierungsgewalt vertreten. Die Vertreter der Bourgeoisie werden Sie in unseren Reihen vergeblich suchen, die finden Sie nur in der Fortschrittspartei (große Heiterkeit). Ja, m. H., das ist nicht nur meine Ansicht, sondern auch die Ansicht von Leuten, die der Partei des Abg. Waldeck angehören. (Der Ministerpräsident ist in das Haus getreten.) Die Verfassung eines Landes steht nicht auf den Papierblättern geschrieben, sondern sie besteht in seiner Geschichte. Die Verfassung Englands ist in seiner Geschichte mit dem Blute seines Volkes niedergeschrieben. Meine Herren, (zur Linken) wenn Sie doch so so sehr auf Ihre Ehre halten, so frage ich Sie, ob Sie auch jetzt noch so sehr darauf halten, daß der Augustenburger zum Herzog von Schleswig-Holstein gemacht werden soll. Antworten Sie doch, ob Sie das noch wollen. Ich glaube, Sie werden in Verlegenheit sein und nicht antworten. Wenn Sie Ihren Prinzipien folgen, dann werden wir doch noch am Ende dahin kommen, wie Hr. v. Hoverbeck andeutete, daß Hr. v. Bismarck der Schutz der preußischen Verfassung ist. Dann wird dies Gemälde aber kein Genrebild sein, sondern ein historisches Gemälde, an das Sie sich ebenso gewöhnen werden, wie an das historische Gemälde Manteuffel als Schutz der preußischen Verfassung anzusehen. (Heiterkeit und Bravo!) — Hr. Dr. Twesten: Die Lösung des Konfliktes, die der Vorredner angegeben hat, die Beseitigung der Verfassung, die Beseitigung des konstitutionellen Systems, ist allerdings eine einfache, aber, ich glaube, Preußen liegt noch nicht so abgeschlossen von der historischen Entwickelung Europas, um auf diesen für immer begrabenen Standpunkt zurückzukehren. — Der einzige Sinn der Stelle, die der Vorredner aus dem Werke von Gneist verlesen hat, ist der, daß uns allerdings die Verfassung nicht die Mittel auf Abwehr unberechtigter Angriffe giebt, sobald eine Partei vorhanden ist, die sich an die Gesetze nicht bindet und es wagt, sich über die Gesetze hinwegzusetzen. Wenn man auf dem jetzigen Boden der Verfassung die Verfassungskämpfe betrachtet zwischen uns und der Regierung, so ist es in der That das Schauspiel in der Gesellschaft, die ein Spiel mit einander spielt, wo die Einen die Regeln des Spiels beobachten, die Anderen aber sich erlauben, sobald die Spielregeln sich gegen sie wenden, sich ohne Weiteres darüber hinwegzusetzen. (Sehr gut!) Der Abgeordnete Wagener spielte wieder mit großer Emphase den Gegensatz aus: wir appelliren ans Volk, er an die Krone. Meine Herren, wohin soll es führen, immer diesen Unterschied hervorzuheben. Ich meine, gerade vor neuen Wahlen hätte man allen Grund, das zu unterlassen. (Sehr wahr!) Was soll es denn heißen, wenn abermals die Majorität des Hauses, die legale Volksvertretung sich für uns entscheidet und gegen Sie (auf die Konservativen deutend). Ist dann wirklich zwischen Krone und Volk entschieden? Nein, meine Herren, ich behaupte, es ist nur entschieden zwischen Volk und Junkerthum, (lebhafte Zustimmung) das ist der wahre Konflikt; von der augenblicklichen Stimmung der Krone macht eine kleine Partei Gebrauch, um die Krone in einen unversönlichen Gegensatz mit der Mehrheit des Hauses zu treiben. (Sehr wahr! Lebhaftes Bravo.) Wir sind nicht Vertreter der Bourgeoisie in dem Sinne, wie Hr. Wagener es uns unterlegen möchte, nach welchem die Bourgeoisie vorstellen soll eine besondere Klasse, die von industriellen Unternehmungen lebt und nur erfüllt ist von materiellen Interessen. Wollten Sie das allein zum Kennzeichen machen (zur Fraktion der Konservativen gewendet), nun, m. H., dann sitzt ja ein ausgezeichneter hervorragender Vertreter der Bourgeoisie gerade unter Ihnen (Heiterkeit), und tritt bei den verschiedensten Gelegenheiten lebhaft an Ihrer Spitze hervor. Wir sind die Vertreter des Bürgerthums, insofern das Bürgerthum die Interessen vertritt, von welchen das arbeitende und das denkende Volk erfüllt ist. (Bravo), die Klasse des Volks, die im Aufstreben begriffen ist seit dem Ende des Mittelalters, und die moralische Gewalt immer in Händen hat und über Kurz oder Lang in unserem Staat auch die politische Gewalt in Händen haben wkrd. (Lebhaftes Bravo.) Die Lage der Dinge ist bei uns zunächst noch so: gestützt auf die noch äußerliche Einführung des Parlamentarimus in dem absoluten und bureaukratischen Staat, kann der Absolutismus sich noch eine Zeit lang geltend machen auch gegen den ausgesprochenen und erklärten Willen des Volkes, aber zurückgewiesen von den überlegenen moralischen und sittlichen Mächten des Volkes ist er genöthigt, sich zu stützrn auf das absterbende Junkerthum (sehr wahr?); dieses benutzt dann, wie wir das in solchen Conflikten immer sehen, den Zwist, um sich an das Königthum, diese stehende Säule, anzudrängen, den Zwist zu verstärken, die Kluft zu erweitern. Es handelt dann nach dem bekannten Spruche: „Gott im Himmel, wir auf Erden, und der König absolut, wenn er unsern Willen thut". (Sehr wahr!) Aber, bedenken Sie wohl, es ist nicht sehr angenehm, sich einer Majorität fügen zu müssen, aber von einer Minorität fortwährend vergewaltigt zu werden, das wird unerträglich; ein solcher Zustand kann und wird auf die Länge nicht bestehen (lebhaftes Bravo). Wir machen, als die wirklichen Vertreter des Volkes und des Staates, die wirklichen Interessen desselben geltend gegen die Interessenvertreter einer kleinen Partei, die in der That eine geschlossene Klasse ist, wenn sie sich auch aus einigen andern Klassen rekrutirt, und welche, wie mir scheint, noch immer die Anschauung von den Kämpfen der Gegenwart hat, die ein hervorragender Junker der früheren Generation aussprach, ich meine den Grafen Münster, der einmal sagte: „Das Antichambre will in den Salon, das ist der Hauptkampf unserer Zeit." Ja, wenn der Herr Minister-Präsident uns auf die gesellschaftlichen Gewohnheiten in diesem Hause verwies, so könnte ich glauben, daß auch er die Sache noch in ähnlichem Lichte betrachtet, wir aber betrachten den Kampf um Gleichberechtigung und Geltendmachung der modernen Kraft des Staates und des Volkes gegen die Ueberbleibsel einer früher herrschenden Klasse, als etwas Anderes, als einen bloßen Kampf um den Vortritt in den Salon, und von diesem ernsten, wahren, nicht bloß die Augenblicke der Jetztzeit, sondern die letzten Jahrhunderte bewegenden Kampfe sind wir überzeugt, daß er sich zu unseren Gunsten entscheiden wird und entscheiden muß gegen diese kleine, winzige Partei (Lebhaftes Bravo). Der Redner geht auf die Denkschrift des Herrn Reichensperger ein und schließt: Zu einer Adresse an den König haben wir jetzt keine Veranlassung, und werden uns dazu nicht drängen lassen, durch welche Anträge, mögen sie von Feindes oder von Freundes Seite kommen. — Vice-Präsident v. Unruh übernimmt den Vorsitz. — Herr Reichensperger: (für den Antrag.) Meine Herren! Sie selbst haben es schon zu wiederholten Malen ausgesprochen, daß die Verfassung gefährdet sei. Wenn aber Gefahr im Verzuge, so muß man sich selbst an einen Strohhalm anklammern. Der von mir gestellte Antrag ist aber mehr, als ein Strohhalm; er ist der Ausdruck des Vertrauens zur Krone, daß sie den Verfassungs-Konflikt zu beseitigen suchen werde. Unser Verfassungs-Konflikt basirt aber auf dem Ausgabe-Bewilligungsrecht. Ist erst dieses anerkannt, so werden sich die übrigen Konflikte sehr leicht lösen lassen. Aus diesem Grunde habe ich meinen Antrag gestellt. Es ist mir nun vorhin ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß ich, da ich zur Minorität gehöre, es überhaupt gewagt habe, den Antrag auf Erlaß einer Adresse zu stellen. M. H. Ich habe von dem Rechte Gebrauch gemacht, das jedem einzelnen Mitgliede des Hauses zusteht, und werde mir dies auch von der Majorität nicht verkümmern lassen. Früher brauchte kein Mitglied der Minorität, wenn es einen Antrag stellte, von vornherein die feste Ueberzeugung zu haben, daß er nicht angenommen werden würde; jetzt aber beschließen Sie schon definitiv in den Fraktionen, hinter den Coulissen; die Minorität existirt gar nicht für Sie; diese Exklusivität liegt außerhalb jedes Prinzips aller parlamentarischen Thätigkeit (Bravo rechts.) Es wird nun gegen meinen Antrag geltend gemacht, daß es zu spät dazu wäre. Wenn dies wirllich wahr wäre, so würde die Verantwortung dafür doch nur die Majorität dieses Hauses treffen. Es ist dazu aber nie zu spät, denn ein gutes Wort findet immer einen guten Ort. Sie sagen ferner, daß der Antrag wohl keinen Erfolg haben würde. Die Krone steht so erhaben da und ist so reich ausgestattet mit Rechten, daß sie wohl anch das Recht des Volkes respektiren wird. Es ist meine feste Ueberzeugung, daß der König die Verhältnisse nicht weiß, daß er nicht Alles will und glaubt. Deshalb wird die Adresse von Nutzen sein; stellen wir uns auf den Rechtsboden; und wenn drr Erfolg uns nicht sofort günstig ist, so können wir sagen: „Wir sind geschlagen, aber nicht besiegt." (Vereinzeltes Bravo aus der katholischen Fraktion.) Hr. Dr. Waldeck (als Korreferent): Hr. Wagener hat mit der größten Offenheit den Absolutismus gepredigt. Nun, wenn eine kleine Minorität in diesem Hause den Absolutismus proklamirt, so ist dies so unwürdig und der Bestimmung dieses Hauses unangemessen, daß ich dagegen gar nichts sagen will. Wir leben in einem konstitutionellen Staate, und es kann hier nicht die Frage sein, ob die Verfassung gut ist oder besser sein könnte; es ist zunächst unsere Pflicht, die beschworene Verfassung aufrecht zu erhalten, und ich hoffe, daß dergleichen Dinge damit ein für alle Mal abgethan sein

mögen (Beifall). Die Frage, ob eine solche Adresse, wie sie Herr Reichensperger vorschlägt, erlassen werden soll, muß ich verneinen aus meinem vollsten Bewußtsein. Es ist ja nicht das Budgetrecht allein, wo der Konflikt besteht; er ist ausgedehnt worden auf alle Zweige der Verwaltung, auf die Justiz, auf das Recht der freien Presse, auf das Versammlungsrecht; die Autorität der Gerichte, die Staatsanwälte sind hineingezogen worden, und dies ist nicht zufällig so gekommen. Wir haben es schon 1863 gesagt, daß sich das Ministerium auf eine abschüssige Bahn begeben hat, auf der es immer weiter muß; es kann nicht anders regieren, als mit Verfassungs-Verletzungen. Mögen sie zusehen, wo sie bleiben; wir haben keinen Theil daran. Wir befinden uns in einer majestätischen Ruhe (Lachen aus der konservativen Fraktion); das Land ist auf unserer Seite; Ihr Lachen bestätigt mir dies (mit erhobener Stimme); Sie zeigen dadurch nur, daß Sie von den Ideen, die das Volk bewegen, nichts wissen; Sie handeln nur in Ihrem Interesse; Ihnen ist nicht das Mindeste davon klar; Ihr spöttisches Gelächter zeigt, daß Sie von solchen Dingen nichts verstehen. (Lebhafter Beifall links.) Was nun die Denkschrift des Hrn. Reichensperger betrifft, so ist dieselbe in vielen Punkten recht gut ausgearbeitet; aber einen Erfolg wird sie nicht haben. Wenn unsere Stimme, die wir 4 bis 5 Jahre lang erhoben, auf den König keinen Eindruck gemacht hat, wenn die Presse, die Wiederwahlen u. s. w. keine Aenderung herbeigeführt, welchen Erfolg versprechen Sie sich denn von einer solchen Denkschrift? Ich bin allerdings auch der Ansicht, daß man immer eher hoffen, als verzweifeln muß; aber durch diese Denkschrift wird gar nichts erreicht werden. — Aus der Militärfrage ist der Budgetkonflikt entstanden, das Haus hatte die Reorganisationskosten gestrichen, das Budget kam nicht zu Stande, das Ministerium durfte die Ausgaben nicht leisten; unser Budgetrecht ist so klar, es steht so fest im Bewußtsein des Volkes, daß es dieser Denkschrift gar nicht bedarf. Der Antrag des Hrn. Reichensperger will aber unsern großen Konflikt verkleinern, in demselben Augenblick, wo unser ganzes Verfassungsrecht thatsächlich in Frage gestellt ist. Hr. Reichensperger läßt gerade die Militärfrage bei Seite, diesen festen Punkt, an dem sich der ganze Konflikt entwickelt hat; diesen Punkt, welcher gerade durch die Blutsteuer dem Aermsten im Staate am fühlbarsten ist. Hier ist gerade der Nachhalt, den wir am Volke haben, der es um so mehr an die Verfassung und deren muthige Vertheidiger kettet. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir nun die Ueberzeugung haben, daß für die neue Militär-Verfassung ein Gesetz nöthig ist, was ja Hr. Reichensperger selbst seiner Zeit mit Hand und Fuß vertheidigt hat, dann sollen wir nicht streichen das, was ungesetzlich aufgestellt ist? Dies ist unsere Pflicht, und darauf beruht unsere Wirksamkeit. So haben wir festen Boden; so stehen wir fest, den Erfolg können wir dann ruhig der Zukunft überlassen; denn mit gutem Gewissen handelnd, werden wir das Richtige treffen und das Richtige leisten. (Lebhafter Beifall.) Mit dem Vortrage des Korreferenten schließt die Diskussion. Es folgen einige persönliche Bemerkungen, namentlich zwischen den Herren Dr. Gneist und Wagener, wobei der Erstere von Fälschung seiner Aeußerungen spricht, ein Ausdruck, den der Vicepräsident für unparlamentarisch erklärt. Der Antrag Reichensperger's wird mit überwiegender Majorität abgelehnt. Minister-Präsident Graf **Bismarck** verlangt das Wort, um die Allerhöchsten Verordnungen betreffs der Schließung der Session und der Vertagung derselben bis morgen (Freitag) Mittag 1 Uhr zu verlesen. Die Mitglieder des Hauses erheben sich von ihren Sitzen. Die Verlesung der Allerhöchsten Verordnungen durch den Herrn Ministerpräsidenten macht im Hause, das in allen seinen Theilen durch einen so plötzlichen Schluß der Session, bevor noch die internationalen Verträge durch die Genehmigung des Landes perfekt geworden sind, im höchsten Grade überrascht und in Aufregung versetzt ist, einen schwer zu schildernden Eindruck. Der Diener des Hauses trägt die Schriftstücke vom Ministertisch nach dem Präsidium. Präsident **Grabow** liest sie mit Sorgfalt durch, und die Unruhe legt sich, als er folgendermaßen anhebt: Aus dieser Allerhöchsten Verordnung in Verbindung mit der Allerhöchsten Verordnung, welche morgen den Landtag um 1 Uhr geschlossen wissen will, entnehme ich, daß wir bis zum Schluß keine Sitzung weiter halten sollen, sondern daß wir heute hiermit vertagt sind; so sehe ich diese beiden Allerhöchsten Verordnungen an. Meine Herren! So hätten wir denn heute unsere letzte Sitzung in dieser 8. Legislaturperiode erreicht. Meine Herren, Sie werden von mir nicht erwarten, da ich keine Kenntniß von der uns bevorstehenden Allerhöchsten Ordre gehabt habe, daß ich Ihnen mittheile, welche Arbeiten von uns bereits erledigt worden nnd welche noch zu erledigen sind. Sie selbst wissen es, ein großer Theil der Arbeiten ist bis jetzt noch nicht erledigt. Wir können die heutige Sitzung nur mit dem lebhaften Wunsche schließen, daß das preußische Volk hinter seinen Abgeordneten stehe und die Verfassungs-Urkunde wie bisher heilig halten werde. Die Maßnahmen, die vielleicht in Folge unserer Vertagung und Schließung eintreten werden, sie haben sich im Laufe unserer Sitzungsperiode schon angekündigt; ich glaube aber, daß wir, die wir für Recht, Gesetz und Verfassung bisher mit allen unseren Kräften eingetreten sind, dies unser Streben auch ferner sein lassen wollen, und da wir denn an dieser Stelle nicht mehr zusammenkommen, meine Herren, so schließe ich mit dem Rufe: „Hoch Sr. Majestät dem König!" die heutige und letzte Sitzung. (Die Versammlung erhebt sich und stimmt in das dreimalige Hoch des Präsidenten ein.) Schluß der Sitzung 3½ Uhr.

Pommern.

Stettin, 22. Februar. (Bürgerverein 22. Febr.) Der Vorsitzende, Herr **Müller**, macht zunächst auf das wahrscheinlich in der nächsten Woche stattfindende Pferdefleischessen aufmerksam und fordert unter Hinweis auf den für Menschen und Thiere angestrebten Nutzen zu recht zahlreicher Betheiligung auf. — Nochmals stand eine Besprechung über den neuen Central-Güterbahnhof auf der Tagesordnung, indem der Herr Baron v. Puttkammer dem Vorsitzenden eine gedruckte Rechtfertigung der in der vorigen Sitzung angegriffenen Punkte des von ihm aufgestellten Projekts mitgetheilt hatte. Herr Baron v. P. war persönlich anwesend und suchte seine Ansichten zu begründen. Indessen wurde der von einem Mitgliede gestellte Antrag, im Sinne des Herrn B. v. P. eine Bittschrift an den Herrn Handelsminister zu richten, von dem Verein, als solchem, nicht acceptirt und den einzelnen Mitgliedern anheimgestellt, sich bei einer derartigen Bittschrift zu betheiligen. Dagegen wurde von der Majorität des Vereins folgende Resolution angenommen: Der Bürgerverein beschließt, die Kaufmannschaft möge über den Bau des Central-Güterbahnhofes in Berathung treten, ob es nicht zweckmäßig sei, gegen die Herstellung des neuen Güterbahnhofes an der Parnitz bei dem Herrn Handelsminister Protest einzulegen, mit der Bitte, den Bahnhof auf dem linken Oderufer zu vervollständigen, um allen städtischen Interessen zu genügen. Eine Resolution im entgegengesetzten Sinne wurde abgelehnt. Wegen der vorgerückten Tageszeit mußte alles Andere vertagt werden.

— In Nr. 88 unserer Zeitung theilten wir mit, daß bei der am 20. d. Mts. verstorbenen unverehel. B. eine Vergiftung befürchtet wurde. Die inzwischen vorgenommene Obduktion der Leiche hat aber, wie wir hören, diesen Verdacht nicht bestätigt, vielmehr ist ermittelt, daß die B. an einer Magenkrankheit gestorben ist.

— Gestern Abend gingen 2 ziemlich anständig gekleidete Männer in etwas angetrunkenem Zustande die Breitestr. herunter. Unterwegs geriethen sie in Wortwechsel; plötzlich versetzte der Eine dem Andern einen so heftigen Stoß, daß dieser aufs Trottoir besinnnngslos niederfiel. Zwei Dienstleute brachten ihn in einem Wagen nach dem Krankenhaus, ohne daß er zur Besinnung zurückkehrte.

— Das Morgenblatt der heutigen Oderzeitung ist in erster und zweiter Auflage konfiscirt. Gestern Abend jubelte und witzelte die gute Oderzeitung noch darüber, daß sich unsere Nachricht: „es sollen, wenn wir recht berichtet sind, heute 8 Zeitungen in verschiedenen Städten unserer Provinz mit Beschlag belegt sein" nicht bestätigt hat. Uns war die Nachricht durch einen Beamten zugegangen — und leicht möglich war sie doch, da die heute zwei Mal konfiscirte Oderzeitung leider in unserer Provinz zahlreiche Basen und Gevatterinnen hat, die ihren Lesern zuweilen ganz denselben gehässigen Leitartikel aus der „Liberalen Korrespondenz" und ähnlichen Blättern ohne Angabe der Quellen aufwärmen.

— Das heutige Amtsblatt bringt einen längeren Artikel: Die Redefreiheit der Landtagsmitglieder!

— Die Königliche General-Lotterie-Direktion macht bekannt, daß folgende, öffentlich Loose ausbietende Personen in Stettin: die Kaufleute S. Salomon, Max Meyer, D. Nehmer, G. A. Kaselow, A. Cartellieri und Herm. Block, nicht Königliche Lotterie-Einnehmer sind, daß Beschwerden über angeblich durch diese Personen und andere Loosenhändler erfahrene Benachtheiligungen immer nur auf den Rechtsweg zu verweisen sind, daß die Antheilsscheine keine Gültigkeit gegenüber der Königl. Lotterie-Verwaltung haben und daß endlich die Direktion auch nicht abhelfen könne, wo Händler den Käufern der häufig mit 30 bis 55 pCt. über den planmäßigen Loosepreis bezahlten Antheilscheine die Gewinne unvollständig oder gar nicht auszahlen.

— Beim Transport eines Holzkrahns verunglückte vorgestern ein Arbeiter, indem er stolperte, auf einen Block fiel und von einem starken Brett ins Genick geschlagen wurde, daß der Tod auf der Stelle erfolgte.

— Die Königliche Bank hat laut Bekanntmachung an der gestrigen Börse den Diskont für Wechsel und Waarendarlehne auf 6 pCt., für Effekten an Kaufleute auf 6½ pCt. herabgesetzt.

— Für das Verwaltungsjahr 1865 soll den Aktionären der Berlin-Stettiner Eisenbahn eine Dividende von 8 Prozent in Aussicht stehn.

— Einem jungen Seemann aus Stepenitz, der vorgestern hier an kam, um an Bord eines Schiffes zu gehn, wurde seine Schiffskiste mit ihrem ganzen Inhalt, 80 Thaler an Werth, aus seinem Gasthofe in der Baumstraße gestohlen.

— In diesen Tagen starb hier ein Arbeiter, der vor einiger Zeit bei der Explosion eines lange verschlossen gewesenen Brennkessels, dessen Gase sich an der Laterne des Arbeiters entzündeten, bedeutende Brandwunden erlitten hatte.

— Was wird nun aus der mit so vielem Pompe in Scene gesetzten Stettiner Zustimmungsadresse an das Abgeordnetenhaus werden? Gestern Abend sollten die Unterschriften aus den hiesigen Buchhandlungen eingefordert und heute sollte die Adresse auf die Post gegeben werden — — und morgen findet der Briefträger in dem hohen Hause am Dönhofsplatz Niemanden mehr zu Hause. Ja, wenn der Mensch einmal Unglück haben soll!

Neueste Nachrichten.

Frankfurt a. M., 22. Februar, Nachmittags. In der heutigen Bundestagssitzung wurden die Anträge der Ausschüsse, betreffend die Einführung eines gleichen Maß- und Gewichtssystems und die Rostocker Beschwerde-Angelegenheit angenommen.

Pesth, 22. Februar. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Adreßdebatte fortgesetzt. Im Oberhause wurde der Adreßentwurf mit drei Amendements angenommen und eine Deputation von zwölf Mitgliedern zur Ueberreichung desselben ernannt.

Kopenhagen, 22. Februar. Heute hat, wie „Berlingske Tidende" meldet, der König in feierlicher Audienz den französischen Gesandten Dotézac empfangen, welcher dem Kronprinzen Friedrich ein Handschreiben des Kaisers Napoleon nebst dem Großkreuze der Ehrenlegion zu überreichen hatte.

Der König bat den Gesandten, dem Kaiser Napoleon die wärmste Anerkennung auszusprechen.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 23. Februar, Mittags. **Grabow** empfing die Deputation des vierten Berliner Wahlbezirkes. Er dankte, auf die Ansprache des Stadtverordneten Elster, sehr ergriffen, und sprach die Hoffnung aus, das Volk werde sein Zusammenhalten mit den Abgeordneten auch durch deren Wiederwahl bethätigen. Berlins sei er sicher; das übrige Land werde hoffentlich dasselbe thun.

Berlin, 23. Februar, 1 Uhr Nachmittags. Gr. **Bismarck** schloß den Landtag durch folgende Thronrede: Die Regierung Sr. Majestät des Königs hatte den diesjährigen Landtag nicht in der Erwartung einer unmittelbaren Lösung des schwebenden Verfassungsstreites aber in der Hoffnung eröffnet, das in dem preußischen Volke lebende Verlangen nach Ausgleichung werde auch in der Landes-Vertretung hinreichenden Wiederhall finden, um eine Zusammenwirkung der Staatsgewalten zur Herstellung nützlicher Gesetze zu ermöglichen und durch gemeinsame Thätigkeit im Dienste des Vaterlandes die Schroffheit des Gegensatzes zu mildern, in welchen das Abgeordnetenhaus zur Krone und zum Herrenhause gerathen. In dieser Hoffnung hat die Staatsregierung den Landtag nach dem Willen des Königs eröffnet, ohne ihrerseits dem Zerwürfniß neue Nahrung zu geben oder die Grundlagen künftiger Verständigung zu beeinträchtigen. Die erste Kundgebung des Abgeordnetenhauses war die Rede des Präsidenten, welche die feindselige Stimmung der Majorität des Hauses, durch grundlose und herausfordernde Vorwürfe gegen die Regierung ausdrückte. Diesem Vorgange entsprach die fernere Thätigkeit des Hauses; sie war nicht dem Frieden, sondern dem Streite zugewandt, nicht den Gesetzvorlagen, sondern dem Bestrebrn gewidmet zu Angriffen auf die Regierung Anlaß auf solchen Gebieten zu suchen, welche die Landesverfassung dem Wirkungskreise der Landesvertretung nicht überwiesen hat und auf welchen die Thätigkeit der Abgeordneten deshalb unfruchtbar bleiben mußte. In diesem Sinne wurde die im ganzen Lande freudig begrüßte Vereinigung Lauenburgs mit der preußischen Krone und dadurch das verfassungsmäßige Recht des Königs, Staatsverträge zu schließen, welche dem Staate keine Kosten auflegen, angefochten. In diesem Sinne erfolgte durch Beschluß vom 10. Februar ein verfassungswidriger Angriff auf die durch Artikel 86 der Verfassung verbürgte Unabhängigkeit der Gerichte, verbunden mit dem Versuche, das wohlbegründete Ansehen der preußischen Rechtspflege beim Vokle zu erschüttern und die Ehre eines Richterstandes öffentlich anzutasten, dessen Unparteilichkeit noch heute wie seit Jahrhunderten dem Vaterlande zum Ruhme gereicht. Durch einen weiteren Beschsuß verletzte das Abgeordnetenhaus den Artikel 45 der Verfassung und legte sich die dem Könige allein zustehenden Befugnisse der vollziehenden Gewalt bei, indem es den Beamten derselben Vorschriften betreffs ihrer dienstlichen Pflichten zu ertheilen unternahm. Angesichts dieser Uebergriffe mußte die Staatsregierung sich fragen, ob von der Fortsetzung des Landtags gedeihliche Ergebnisse für die Wohlfahrt des Landes und den inneren Frieden zu erwarten seien. Der König wollte die Beantwortung dieser Frage ausgesetzt wissen, bis die Berathungen des Abgeordnetenhauses über einen Antrag erfolgt sein würden, in welchem die vermittelnden Bestrebungen einer Minderheit Ausdruck gefunden hatten. Der Verlauf dieser Berathungen vermochte bei der Staatsregierung die Besorgniß nicht zu heben, daß auf dem von dem Abgeordnetenhause eingeschlagenen Wege das Land ernsteren Zerwürfnissen entgegengeführt und die Ausgleichung der bestehenden auch für die Zukunft erschwert werden würde. Dies zu verhüten befahl der König den Schluß des Landtags.

Börsen-Berichte.

Stettin, 23. Februar. Witterung: trübe, Temperatur — 0°, Morgens — 6°. Wind: SO.

An der Börse.

Weizen fest, loco pr. 85pfd. gelber 65—69 Rt. bez., mit Auswuchs 46—63 Rt. bez., 83—85pfd. gelber 69½, ¾ Rt. bez., 70 Rt. Br., 69¾ Gd., Mai-Juni 70¾ Rt. Gd., Juni-Juli 72 Rt. bez. u. Gd., Juli-August 73 Rt. Gd.,

Roggen matt, pr. 2000 Pfd. loco 46½, 47½ Rt. bez., Frühjahr 47½, ¼ Rt. bez., in einem Falle 47 Rt. bez., Mai-Juni 48¼ Rt. bez. u. Br., Juni-Juli 49½ Rt. bez., Juli 49¾ Rt. bez.

Gerste, 70pfd. Frühjahr 41½ Rt. Br., 41 Gd.

Hafer, 47—50pfd. Frühj, 29¼, 29 Rt. bez., Mai-Juni 30 Rt. bez.

Erbsen loco Futter 46½—47½ Rt. bez., Koch- 50—50½ Rt. bez., Frühjahr Futter- 49¼ Rt. Br., 49 Gd.

Rüböl stille loco 15¾ Rt. Br., Februar 15¾ Rt. Br., April-Mai 15½ Rt. bez. u. Br., September-Oktober 13⅓, ¼ Rt. bez. u. Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß $14\frac{7}{12}$ Rt. bez., mit Faß 14⅜ Rt. bez., Februar-März 14½ Rt. Br., Frühjahr $14\frac{11}{12}$ Rt. Br., Mai-Juni 15¼ Rt. Br., Juni-Juli 15½ Rt. Br.

Hamburg, 22. Februar. Getreidemarkt war sehr ruhig. 129—130 Pfd. pommerscher Weizen war zu 118—120 offerirt. Weizen auf Termine schwankend per Februar 5400 Pfd. netto 115 Bkothlr. Br., 113 Gd., per April-Mai 119 Br. u. Gd. Roggen per Februar 5000 Pfd. netto 81 Br., 80 Gd., per April-Mai 81 Br. u. Gd., 82 bez. — Oel per Mai 33⅜, per Oktober 27¾, 27⅝, beides still. — Zink 2500 Ctr. wurden zu $16\frac{1}{16}$ und 1500 Ctr. zu 16⅛ umgesetzt. — Wetter: 1 Grad Kälte bei bewölktem Himmel.

Amsterdam, 22. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen flau, pr. März 177, pr. Mai 183—182 pr. Oktober 188. Rapps geschäftslos.

Stettin, den 23. Februar.

Berlin	kurz	—	Pom. Chauss.-		
"	2 Mt.	—	bau-Obligat.	5	—
Hamburg	6 Tag.	152½ G	Used.-Wollin.		
"	2 Mt.	151⅝ B	Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143¾ G	St. Str.-V.-A.	4	—
"	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4	117 B
London	10Tag.	—	Pr. See-Assec.-		
"	3 Mt.	6 22¾ B	Comp.-Act.	4	—
Paris	10 Tg.	—	Pomerania	4	110 B
"	2 Mt.	81 B	Union	4	101¾ B
Bordeaux	10 Tg.	—	St.Sp·ich.-Act.	5	—
"	2 Mt.	—	V.-Ppeich.-A.	5	—
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.-		
"	3 Mt	—	Zuckers.-Act.	5	1150 B
St. Petersbg.	3 Wch.	—	N. St. Zucker-		
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4	—
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-		
Preuss. Bank	5	Lomb. 6½ %	Fabrik-Anth.	4	—
Sts.-Anl.5457	4½	—	Bredower "	4	—
" "	5	—	Walzmühl-A.	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	St.Portl.-Cem.-		
P. Präm.-Anl.	3½	—	Fabrik	4	—
Pomm.Pfdbr.	3½	—	Stett. Dampf		
" "	4	—	Schlepp-Ges.	5	300 B
" Rentenb	4	—	Stett. Dampf-		
Ritt. P.P.B.A.			schiffs-Verein	5	250 B
à 500 Rtl.	—		N. Dampfer-C	4	95 B
Berl.-St. Eis.-			Germania	4	106 B
Act. Lt. A. B.	4	—	Vulkan	4	84 B
" Prior.	4	—	Stett. Dampf-		
" "	4½	—	mühlen-Ges.	4	103 B
Starg.-P. E. A.	3½	—	Pommerensd.		
" Prior.	4½	—	Chem. Fabrik	4	—
Stett. Stdt-O.	4½	—	Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stett. Börsh.-			Stettin. Kraft-		
Obligationen	4	—	Dünger-F.-A.	—	—
St. Schausp.-			Gemeinnützige		
Obligationen	5	—	Bauges.-Anth.	5	—

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.